



Für gebührenfreie Kitas macht sich die SPD im Land und den Kommunen stark. Bisher entscheidet vor allem der Wohnort, wie tief Eltern in die Taschen greifen müssen.

FOTO: DPA

Kindergartengebühren – Eltern müssen in den Gemeinden unterschiedlich tief in die Taschen greifen

Das kostet die Kita

VON IRMGARD WALDERICH

KREIS TÜBINGEN. In der Coronakrise erlassen viele Gemeinden derzeit den Eltern die Kita-Gebühren. Spätestens, wenn die Betreuung wieder anläuft, müssen aber Familien wieder je nach Wohnort unterschiedlich tief in die Taschen greifen. Daran ändert in Baden-Württemberg auch das Gute-Kita-Gesetz nichts.

Die Gebühren werden hierzulande nicht, wie in einigen anderen Bundesländern, abgeschafft. Das Land setzt stattdessen auf mehr Qualität in der Betreuung. Da es eine Gebührenfreiheit so schnell nicht geben wird, fordern die SPD-Gemeinderäte in Gomaringen und Nehren schon länger eine Einkommensstaffel. Tübingen, Kusterdingen und Ofterdingen haben sie schon. Was das bedeutet, zeigt der Vergleich. Unabhängig von den Gemeinden übernimmt die Jugendhilfe des Landratsamts die Betreuungskosten, »wenn den Eltern und dem Kind die Belastung nicht zuzumuten ist«.

Das große Ziel Gebührenfreiheit ist aber noch nicht vom Tisch: Die Landes-SPD kämpft nach wie vor dafür. Dazu wollte sie ein Volksbegehren initiieren und sammelte rund 10 000 Unterschriften. Auch im Kreis Tübingen gründete sich ein Bündnis für gebührenfreie Kitas. Mit dabei: der SPD Kreisverband Tübingen, der Tübinger Kreisverband der Linken, der Dachverband der Kleinen Freien Kita-Träger Tübingen, Elternbeiräte von Tübinger Kinderbetreuungseinrichtungen, Verdi, der DGB und die Gemeinderatsfraktionen der SPD und der Linken in Tübingen und Rottenburg.

Gestern wurde ein weiteres Kapitel in Sachen Gebührenfreiheit aufgeschlagen. Der Landesverwaltungsgerichtshof in Stuttgart erklärte das geplante Volksbegehren für unzulässig. Die SPD will trotzdem für das Thema weiterkämpfen und in den nächsten Wochen über einen parlamentarischen Vorstoß im Landtag entscheiden.

■ Tübingen

Die Gebühren in der Stadt Tübingen sind seit 1996 einkommensabhängig. Die Staffel in der Unistadt kennt dabei 15 verschiedene Stufen. Los geht es bei einem Jahreseinkommen der Eltern bis 20 000 Euro. Danach geht es weiter in 5 000er-Schritten bis zu einem Jahreseinkommen über 85 000 Euro. Bei der Berechnung des

Gebührensatzes zählt aber nicht nur das Einkommen, sondern auch die Anzahl der Kinder. Wer also wenig verdient und dazu noch viele Kinder hat, wird am wenigsten belastet.

Je nach Einkommen und Kinderzahl lässt sich dann in der Tabelle ablesen, wie teuer eine Betreuungsstunde ist. Das Ganze muss dann noch mit der Anzahl der Wochenbetreuungsstunden multipliziert werden. Die Spanne reicht dabei von gebührenfrei bis 9,761 Euro pro Stunde für Kinder über drei Jahre. Bei Unterdreijährigen liegt die höchste Gebühr bei 10,7371 Euro.

■ Kusterdingen

Eine vergleichbar ausdifferenzierte Staffel gibt es nur in Kusterdingen. Seit dem Kindergartenjahr 2013/14 gibt es acht Stufen, davor waren es fünf. In Zehntausender-Sprüngen geht es von 0 bis 80 000 Euro Jahreseinkommen nach oben. Ähnlich wie in der Unistadt bestimmt auch die Zahl der Kinder die Höhe der Gebühren. Den Kusterdinger Gemeinderäten ist eine soziale Ausgewogenheit sehr wichtig. Erst im vergangenen Dezember wurde darüber im Gemeinderat diskutiert. Die Debatte ging auf einen Antrag der Härtenliste und der SPD zurück. Untersucht wurde auch, ob die Gebühren, wie von einigen Eltern vermutet, im Vergleich zu anderen Gemeinden

zu hoch seien. Fazit der Verwaltung: Bei den geringeren Einkommen liege Kusterdingen deutlich unter dem Durchschnitt im Landkreis Tübingen, bei den oberen Einkommen nur bei den Krippen im oberen Ende der Gebührenskala.

■ Ofterdingen

Nicht ganz so ausdifferenziert hat Ofterdingen seine Einkommensstaffel. Drei Stufen gibt es: ein Brutto-Familien-einkommen bis 25 000 Euro, zwischen 25 000 und 41 000 Euro und über 41 000 Euro. Auch dort ist die Anzahl der Kinder ebenfalls Entscheidungskriterium für die Einstufung.

■ Gomaringen

Andere Gemeinden machen also vor, was sich die Gomaringer SPD schon lange wünscht. In der Wiesazgemeinde gibt es keinerlei Unterscheidungen nach Einkommen. Allein die Zahl der Kinder ist für die Gebühren relevant. Bei der Verabschiedung des Haushalts kündigte deshalb Daniela Diestel an, einen Antrag auf Einführung von einkommensabhängigen Kindergartengebühren im Gemeinderat zu stellen. Der ist derzeit noch in Arbeit. Die SPD-Gemeinderätin rechnet damit, ihn bis Mai, Juni einbringen zu können.

■ Nehren

Auch in Nehren überlegen die Räte in

diese Richtung. Gerd Klett (FW) wünscht sich die nächste Gebührenerhöhung sozial gestaffelt. Tanja Schmidt (SPD) lehnt eine Erhöhung ab. Ansonsten tritt auch sie für einkommensabhängige Gebühren ein. Bisher gibt es nur eine Ermäßigung für Eltern, die einen rechtsgültigen Wohngeldbescheid vorlegen können.

■ Kirchentellinsfurt

In Kirchentellinsfurt hatte der Gemeinderat die von der Verwaltung geplante Erhöhung der Gebühren um drei Prozent im Herbst abgelehnt. Peter Becker (CDU) setzte sich für gebührenfreie Kindergärten ein, und Marie-Luise Bausch (GAL) forderte, die Ungleichheit für ärmere Kinder zu beseitigen und den »Einstieg in den Ausstieg« bei den Gebühren.

■ Mössingen

Die Stadt Mössingen hat zwar keine Einkommensstaffel, aber sie gewährt Familien mit einem monatlichen Bruttoeinkommen unter 2 500 Euro eine Ermäßigung von 30 Prozent. Vor zwei Jahren hatte der Gemeinderat dieser Ermäßigung zugestimmt. Zuvor lag die Einkommensgrenze bei 1 250 Euro Monatseinkommen. Das Thema Einkommensstaffel ist damit aber nicht vom Tisch. Zumindest die Grünen hatten sie in ihrem Wahlprogramm zur Kommunalwahl aufgenommen.

■ Dußlingen

Zu einem ganz besonders heftigen Eklat haben die Kindergartengebühren in Dußlingen geführt. Die Gründe für das Haushaltsdefizit von rund 227 000 Euro verorteten die Freien Wähler, die Dußlinger Wählervereinigung und der CDU-Gemeinderat Erich Seif in den gestiegenen Kosten für die Kinderbetreuung. Weil der Bund den Ausbau der Kinderbetreuung von den Kommunen verlange, solle er auch dafür zahlen, so die Argumentation der Gemeinderäte in der Haushaltsberatung Anfang des Jahres. Vor diesem Hintergrund lehnten sie eine von der Verwaltung geplante Steuererhöhung ab (wir berichteten). Der Haushalt wurde mit einem Defizit beschlossen, Bürgermeister Thomas Hölsch legte dagegen Widerspruch ein. Eine Einkommensstaffel gibt es in Dußlingen nicht, aber eine Ermäßigung für Eltern, die einen Wohnberechtigungsschein haben. (GEA)

KITA-GEBÜHREN DER GEMEINDEN IM VERGLEICH

Was zahlt eine Musterfamilie mit zwei Kindern?

Die Kita-Gebühren werden, wie oben zu entnehmen ist, in allen Gemeinden unterschiedlich berechnet. Deshalb ist ein direkter Vergleich gar nicht so einfach.

Am besten gelingt das mit einer Musterfamilie. Was also zahlt eine Familie mit einem Kind unter und einem Kind über drei Jahren (Ü3 und Ü3) für die Betreuung von 30 Wochenstunden? Die Gebühren wurden auf elf Monatsbeiträge im Jahr bereinigt.

Tübingen: Bei einem Jahreseinkommen bis 20 000 Euro: Ü3 43,64

Euro im Monat. Das Ü3-Kind 39,27 Euro.

Jahreseinkommen bis 50 000 Euro: Ü3 159,27 Euro, Ü3 145,09 Euro.

Jahreseinkommen über 85 000 Euro: Ü3 329,45 Euro, Ü3 298,91 Euro.

Kusterdingen: Bei einem Jahreseinkommen bis 20 000 Euro: Ü3 126 Euro, Ü3 63 Euro. Bei einem Jahreseinkommen bis 50 000 Euro: Ü3 180 Euro, Ü3 90 Euro. Jahreseinkommen über 80 000 Euro: Ü3 252 Euro, Ü3 126 Euro.

Ofterdingen: Jahreseinkommen bis 25 000 Euro: Ü3 205 Euro, Ü3

72 Euro, Jahreseinkommen über 41 000 Euro: Ü3 257 Euro, Ü3 91 Euro.

Gomaringen: Ü3 244 Euro, Ü3 103 Euro.

Nehren: Ü3 ermäßigt 80 Euro, 95 Euro ohne Ermäßigung.

Kirchentellinsfurt: Ü3 264 Euro, Ü3 109 Euro.

Mössingen: Ü3 210 Euro, ermäßigt 147 Euro, Ü3 105 Euro, ermäßigt 73,5 bei 35 Wochenstunden.

Dußlingen: Ü3 279,27 Euro, ermäßigt 223,64 Euro. Ü3 98,18 Euro, ermäßigt 78,55 Euro. (GEA)